

Eine Analyse möglicher Finanzierungsmodelle für ein bedingungsloses Grundeinkommen

Modell	Einnahmen pro Jahr in €	BGE-Ausgaben in €	Finanzierung des BGE Belastung der Haushalte und Wert der BGE-Einnahmen
<p>Sozialhaushaltsverwendungsmodell</p>	<p>920 Mrd. betrug 2015 das Sozialbudget für medizinische Versorgung, Kinder-, Kranken- und Elterngeld sowie Renten, Arbeitslosengeld und Sozialhilfe. Diese Einnahmen gliederten sich ca.: 520 Mrd. SV-Beiträge 100 Mrd. Zuschüsse aus Steuereinnahmen 40 Mrd. neue Staatsschuld 260 Mrd. Betriebsrenten</p>	<p>880 Mrd., wenn jeder 1000 €/Mo. bekommt.</p> <p>Da von den 920 Mrd. nur 880 Mrd. benötigt werden, um ein BGE auszahlen zu können, kann auf Neuerschulung zur Aufstockung des heutigen Sozialhaushaltes verzichtet werden.</p>	<p>Damit der Staat fortlaufend 880Mrd. € als BGE auszahlen kann, müssen fortlaufend 880 Mrd. € Einnahmen gemacht werden. D.h.</p> <ul style="list-style-type: none"> • 520 Mrd. SV-Beiträge (ca. 60 % des BGE) • 100 Mrd. Steuereinnahmen und (ca. 11 % des BGE) • 260 Mrd. Betriebsrenten (ca. 29 % des BGE) <p>müssen immer wieder in die Staatskasse fließen.</p> <p>Deshalb müssen alle von ihrem BGE SV-Beiträge und Steuern zahlen.</p> <p>D.h. durchschnittlich muss jeder monatlich 600 € SV-Beiträge (60 %) und 110 € Steuern (11 %) zahlen. Außerdem dürfen die Betriebsrenten dann nicht mehr an die bisherigen Empfänger ausgezahlt werden, sondern müssten in den Staatshaushalt fließen. Aus diesen Betriebsrenten ergibt sich ein BGE von 290 €/Person. Der Rest des 1000 €-BGE fließt als SV-Beitrag und Steuer an den Staat.</p> <p>Außerdem: Da die SV-Beiträge nicht mehr ins Gesundheitssystem fließen, sondern als BGE ausgezahlt werden, müssen dann alle ihre Arztrechnungen selbst zahlen.</p> <p>Ein BGE schafft nur Kaufkraft, wenn es abgabenfrei bleibt. D.h. die notwendigen Einnahmen müssten allein von den höheren Einkommensklassen aufgebracht werden. Das führt zum Transfergrenzenmodell.</p>
<p>Transfergrenzenmodell</p>	<p>Für ein BGE von 1000€/Mo, das nur an Bedürftige (Alleinerziehende, Arbeitslose, Rentner,) ausgezahlt wird, sind geschätzt Einnahmen von 132 Mrd. nötig.</p>	<p>Nach einer Modellrechnung werden jährlich 132 Mrd. benötigt.</p>	<p>Nur wer über 2000 € Netto verdient, soll für das BGE zahlen.</p> <p>Rechenbeispiel: Von 73,5 Mio. Deutschen sind ca. 50% erwerbstätig, wobei geschätzt nur ca. 50% der Erwerbstätigen mehr als 2000 € Netto verdienen. 25% von 73,5 Mio. sind ca. 18,4 Mio. Die müssten jährlich 132 Mrd. zahlen, damit den Bedürftigsten ein BGE gezahlt werden kann. Durchschnittlich müsste jeder der 18,4 Mio. knapp 7174 € jährlich bzw. knapp 600 € monatlich zahlen. Wer nur 2000 € Netto verdient, kann das nicht leisten. Deshalb müssen die höheren Einkommensklassen mehr zahlen. Das führt zum Vermögenssteuermodell.</p>
<p>Vermögenssteuermodell</p>	<p>Je nach Modell sind Einnahmen von min. 66 Mrd. bis max. 880 Mrd. nötig.</p>	<p>Je nach Bezugsgruppe und Höhe des BGE kostet es jährlich 66 bis 880 Mrd.</p>	<p>Wäre eine Vermögens- oder Tobinsteuer (Abgabe auf Spekulationsgeschäfte) politisch durchsetzbar, wäre ein BGE bezahlbar. Allerdings würde Inflation entstehen, wenn dieses Geld plötzlich Waren statt Wertpapiere kauft.</p> <p>Außerdem: Wenn der Staat durch Vermögenssteuer Einnahmen erhält, sollte er das Geld nicht besser zur Finanzierung notwendiger und sinnvoller Arbeit nutzen? Z.B. zum Ausbau digitaler Netze, Erhalt der Infrastruktur, für Umweltschutz, Bildungs- und Gesundheitswesen etc. Das brächte doppelten Vorteil. Es würden Werte geschaffen und die Arbeitslosigkeit reduziert. Dadurch würden sowohl die Geldentwertung vermieden als auch soziale Spannungen abgebaut.</p>

Vollgeldmodell	Keine Einnahmen nötig, da der Staat Geld aus dem Nichts schöpft.	BGE durch schuldfreies Geld in beliebiger Höhe zahlbar.	Wenn der Staat sich per Gesetz das Geldschöpfungsmonopol aneignet, kann er ohne Kreditaufnahme (schuldfreies) Geld schaffen und damit BGE auszahlen. Wenn Geld ohne Vermehrung der Konsumgüter in Umlauf kommt, führt dies zwangsweise zu Inflation , weil die BGE-Empfänger mit diesem Geld Konsumgüter kaufen wollen. Das BGE entwertet sich durch Entwertung der Kaufkraft des Geldes.
Lenkungssteuer- bzw. Konsumsteuermodell	Wenn ein BGE nur an Bedürftige in Höhe von 1000 €/Mo ausgezahlt wird, wären geschätzt 132 Mrd. nötig.	132 Mrd. BGE für die Bedürftigsten Alleinerziehende, Arbeitslose und Rentner	Beim Lenkungssteuermodell soll das BGE durch Preisaufschläge auf bestimmte Konsumgüter, beim Konsumsteuermodell durch allgemeine Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 50% finanziert werden. Götz Werner meint, höhere Konsumsteuern fördern Konsumverzicht und sind deshalb ökologisch. Tatsächlich zwingen allgemeine Preissteigerungen oder gezielte Steuern auf ökologisch bzw. gesundheitlich bedenkliche Produkte vor allem Einkommensschwache zu Konsumverzicht, da sie die steigenden Preise nicht zahlen können. Konkret müsste jeder infolge Preiserhöhung durchschnittlich 140 €/Monat mehr für Konsum ausgeben, um das BGE zu finanzieren. Vom BGE bleiben real 860 € heutiger Kaufkraft übrig. Für im Niedriglohnssektor Arbeitende sind die 140 €/Mo. nicht bezahlbar. D.h. es müsste an mehr Leute BGE ausgezahlt werden, so dass höhere Preisaufschläge nötig werden, was den realen Wert des BGE weiter senkt. Außerdem: Die Preissteigerungen treffen vor allem die Armen, die ihr ganzes Geld für Konsum ausgeben müssen, sofern nicht ausschließlich Luxusgüter besteuert werden. Nur dann hätte die Steuer Einfluss auf das Konsumverhalten der „oberen Zehntausend“. Andernfalls würden sich durch Lenkungs- oder Konsumsteuer die Armen selbst subventionieren.

Quintessenz

Offensichtlich führt kein Weg daran vorbei, den Geldkreislauf grundsätzlich zu reformieren und durch einen radikalen Schulden- und Vermögensschnitt dafür zu sorgen, dass gesamtwirtschaftlich wieder mehr Geld für Löhne zur Verfügung steht, wie zu Zeiten des sogenannten Wirtschaftswunders.